Abend-Ausgabe. Nr. 460 Dienstag, 29. September 1936

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 49,7 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 4: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Das Kabinett Blum gerettet

Die Währungsvorlage von der Kammer angenommen

Paris, 29. September

Die französische Kammer hat die Währungsvorlage in ihrer Gesamtheit mit 350 zu 221 Stimmen angenommen. Die Regierung hatte die Vertrauensfrage nicht gestellt. Die Kammer hat sich darauf auf Mittwoch 21 Uhr vertagt.

Die Kammersitzung, die am Montagvormittag begann, war am Dienstag früh noch nicht beendet.

Nach Annahme der Artikel 10 bis 13 des zweiten Abschnitts, der die Maßnahmen über die Beschlagnahme von Gold und gegen die Spekulation enthält, gab der Kammerpräsident bekannt, daß auf Vorschlag einiger Abgeordneter der Volksfront die nächsten Artikel der Regierungsvorlage, die ursprünglich die Bestimmungen über die gleitende Lohnskala enthielten, durch einen neuen Wortlaut ersetzt werden sollen. Danach soll die Regierung bis zum 31. Dezember 1936 bevollmächtigt werden, auf dem Verordnungswege Maßnahmen zur Verhinderung der Preissteigerung und zur Wahrung der Kaufkraft des Franken zu treffen. Hierauf erklärte Ministerpräsident Blum u. a., die Kammer könnte die Regierung stürzen, aber die vollendete Tatsache der Abwertung nicht mehr ändern. Die Regierung habe versucht, die französische Wirtschaft anzukurbeln und sich mit einem Aufruf an das gehortete Kapital gewandt, ohne jedoch Erfolg zu haben. Immerhin hätten sich Ende August Anzeichen für eine Belebung der Wirtschaft geltend gemacht. Diese Entwicklung sei aber unterbrochen worden, da gewisse auswärtige Ereignisse das Land mit Sorgen erfüllt haben. Blum nannte in diesem Zusammenhang die Ereignisse in Spanien, die Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Deutschland, die Notwendigkeit eines verstärkten Rüstungsprogramms in Frankreich und die Verbreitung einer Angstpsychose in Frankreich. Alles dies habe die normale Entwicklung gestört. Der Druck auf den Franken habe sich erneut verstärkt, und der Goldabfluß habe einen beunruhigenden Charakter angenommen.

Die Bedeutung des Abkommens mit England und Amerika bestehe in der Verständigung der drei Länder über ihre Friedensaktion. Die glückliche Durchführung dieses Abkommens

habe jedoch den inneren Frieden in Frankreich zur Voraussetzung.

Die Ordnung in Frankreich dürfe nicht gestört werden. Die Regierung sei daher entschlossen, die öffentliche Ordnung zu schützen gegen jedes Unterfangen, das die Souveränität des Volkes oder die republikanischen Einrichtungen beeinträchtigen würde.

Ministerpräsident Blum führte weiter aus: Die Fabrikbesetzungen ohne Entscheidung der verantwortlichen Arbeiterorgane dürften nicht zur Gewohnheit werden. Die Besetzung der Fabriken dürfte und werde nicht andauern. Das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Regierung der Volksfront werde es dieser ersparen, andere Mittel in Anwendung zu bringen, als die der Versöhnung und Vermittelung.

Ein Zwischenruf eines rechtsgerichteten Abgeordneten bezeichnete den Ministerpräsidenten als Diener des Gewerkschaftsführers Jouhaux, was ihm einen Ordnungsruf des Kammerpräsidenten einbrachte. Der Ministerpräsident setzte dann die Gründe auseinander, die eine Aenderung des Wortlautes der Artikel 14 und folgende erforderlich machen. In seiner bisherigen Fassung (gleitende Lohnskala) erwecke Artikel 14 den Eindruck, als werde die Frankenabwertung eine Preissteigerung hervorrufen. Theoretisch dürfte die Frankenabwertung nur auf Preise der Einfuhrwaren zurückwirken. Die Regierung sei mit der von den Abgeordneten der Volksfront vorgeschlagenen neuen Fassung einverstanden, die ihr eine Waffe zur Bekämpfung der Preissteigerung in die Hand gebe.

Der abgeänderte Artikel 14 wurde daraufhin von der Kammer angenommen.

Zu Artikel 21 beantragte der rechtsgerichtete Abgeordnete Marin eine Abänderung zur Wiederaufwertung der Lebensversicherungen. Dieser Abänderungsantrag, der von der Regierung und dem Finanzausschuß der Kammer bekämpft wird, wurde durch eine Abstimmung abgelehnt. Die restlichen Artikel der Vorlage, Artikel 22, 23, 24 und 25, wurden ebenfalls angenommen. Dann wurde in die Abstimmung über die Währungsvorlage als Ganzes eingetreten. Nach der Annahme beschloß die Kammer, sich bis Mittwoch 21 Uhr zu vertagen, um dann gegebenenfalls die Vorlage, die inzwischen den Senat durchläuft, erneut zur Lesung zu bringen.

Dienstzeit und Stärke des Reichsarbeitsdienstes

Ein Erlaß des Führers

Berlin, 29. September.

Im Reichsgesetzblatt vom 28. September 1936 wird ein Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Dauer der Dienstzeit des Reichsarbeitsdienstes und die Stärke des Reichsarbeitsdienstes und des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend vom 26. Sept. veröffentlicht. Danach beträgt in Ergänzung des Reichsarbeitsdienstgesetzes vom 26. Juni 1935 die Dienstzeit im Reichsarbeitsdienst für alle arbeitsdienstfähigen Wehrpflichtigen ein halbes Jahr. Die Stärke des Reichsarbeitsdienstes ist innerhalb der Zeit vom Oktober 1936 bis Anfang Oktober 1937 auf 230 000 Mann (einschließlich Stammpersonal), in der Zeit bis Anfang Oktober 1938 auf 275 000 Mann (einschließlich Stammpersonal), in der Zeit bis Anfang Oktober 1939 auf 300 000 Mann (einschließlich Stammpersonal) zu erhöhen. Der vorläufig noch auf freiwilligem Eintritt beruhende Arbeitsdienst für die weibliche Jugend soll planmäßig zur Vorbereitung der Arbeitsdienstpflicht weiter entwickelt werden. Die Stärke des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend ist in der Zeit vom April 1937 bis März 1938 auf 25 000 Arbeitsmaiden (einschließlich Stammpersonal) zu erhöhen.

Ein dunkelblauer DAF-Mantel kommt

Berlin, 29. September.

Der Leiter des Organisationsamtes der DAF, Klaus Selzner, hat angeordnet, daß ab sofort zum DAF-Festanzug passend ein dunkelblauer Raglanmantel mit verdeckter Leiste und zwei eingeschnittenen Seitentaschen mit Patte getragen werden kann. Der DAF-Mantel, der nur bei den von der Reichszeugmeisterei zugelassenen Schneidern und Geschäften bezogen werden kann, kann auch als Straßenmantel zu jeder anderen Zivilkleidung angelegt werden.

Dieri Ehrenführer der DAF-Jungmannschaft

Berlin, 29. September.

Reichsleiter Dr. Ley entbietet in einer Bekanntmachung den aus dem Reichsarbeitsdienst ausscheidenden jungen Männern ein herzliches Willkommen der DAF und ihres Amtes Arbeitsdank. Er gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die jungen Männer des Spatens in die vielen Arbeitsstätten die im Arbeitsdienst eingeprägte nationalsozialistische Auffassung vom Wert und von der Würde der Arbeit mitbringen, weiterhin aber auch das im Arbeitsdienst anerzogene Pflicht- und Ehrgefühl und den Geist der Kameradschaft, der die Grundlage für jede Werk- und Volksgemeinschaft sei. Wie Dr. Ley mitteilt, hat der Reichsarbeitsführer Hierl die Ehrenführerschaft über die in die Deutsche Arbeitsfront eingetretene Jungmannschaft übernommen. In diesem Akt liege zugleich das stärkste Symbol auch für die Willensrichtung der DAF selbst. Um dieser Verbindung mit dem Reichsarbeitsdienst sichtbaren Ausdruck zu geben, sollen in Zukunft die sich aus ehemaligen Arbeitsmännern rekrutierenden Werkscharen zu ihrer Tracht auf dem linken Aermel das Abzeichen der Arbeitsdiensttradition, das Arbeitsdankabzeichen, in Verbindung mit dem Symbol der DAF, dem Zahnrad, tragen.

Nach einer Anordnung des Vorsitzenden Dr. v. Renteln wird beim Obersten Ehren- und Disziplinarhof der DAF eine Große Kammer errichtet. Diese entscheidet in einzigem Rechtszuge gegen Amtsleiter und richterliche Personen der DAF, ferner als Berufungsgericht für Gauwalter und Abteilungsleiter des Zentralbüros der DAF. Sie ist mit zwei hauptamtlichen Richtern, drei ehrenamtlichen Beisitzern und einem hauptamtlichen Berichterstatter besetzt.

Flugzeug ins Meer gestürzt – Neun Tote

Bengasi (Tripolis), 29. September.

Ein Flugzeug der italienischen Luftverkehrsgesellschaft streifte beim Rückflug nach Bengasi die Aufbauten eines Schiffes und stürzte ins Meer. Vier Mitglieder der Besatzung und fünf Spezialarbeiter kamen dabei ums Leben. Ein Telegraphist wurde verletzt. Das Flugzeug war kurz vor der Katastrophe in Bengasi aufgestiegen, hatte in der Luft eine Beschädigung erlitten und wollte deshalb schnellstens zu seinem Ausgangspunkt zurückkehren.

Marxistischer Zerstörer versenkt

London, 29. September.

Nach einem schweren Feuergefecht westlich von Tarifa versenkte der Kreuzer der spanischen Nationalisten „Almirante Cervera" am Dienstag früh den neuen Zerstörer der spanischen Marxisten „Gravina".

142 Tote, 4184 Verletzte!

Berlin, 29. September.

Der Reichsverkehrsminister gibt bekannt: 142 Tote, 4184 Verletzte sind die Opfer des Straßenverkehrs im Deutschen Reich während der vergangenen Woche.

An die deutsche Hausfrau

Darré zur Ernährungslage

Berlin, 29. September.

Der „Völkische Beobachter" veröffentlicht am Dienstag grundsätzliche Ausführungen des Reichsernährungsministers R. Walther Darré zur Ernährungslage, in denen es u. a. heißt:

Ein neues Wirtschaftsjahr beginnt. Wie zeigt sich uns die ernährungswirtschaftliche Lage? Was erwarten Führer und Volk als selbstverständliche Pflichterfüllung? In jedem landwirtschaftlichen Betrieb muß heute jede einzelne Maßnahme auf das Gesamtwohl eingestellt sein. Richtunggebend sind hierfür neben den Zielen der Erzeugungsschlacht vor allem die Anweisungen und Anordnungen der Marktordnungsorgane. Jetzt kommt alles darauf an, daß die deutsche Landwirtschaft ihre Erzeugnisse in ständigem regelmäßigem Fluß und zu den festgesetzten Preisen an den Markt bringt. Gewissenhafte und pünktliche Erfüllung der vorgeschriebenen Ablieferungspflichten ist eine der dringlichen Forderungen der Volksernährung. Bauern und Landwirte, die gegen diese Vorschriften der Marktordnungsverbände verstoßen, schädigen das deutsche Volk. Gewissenlos gegenüber dem Gesamtwohl des Volkes handeln auch jene — wenn es auch nur Ausnahmeerscheinungen sind —, die als Erzeuger, Verteiler oder Verarbeiter aus Gewinnsucht höhere Preise fordern, als nach den geltenden Vorschriften zulässig ist.

Ich betone mit nachdrücklichem Ernst: Diese Pflichtvergessenen wird der Staat in Zukunft hart anfassen, um die Volksgemeinschaft zu schützen, und um zu verhindern, daß einzelne das Ansehen und die Arbeit ganzer Berufsstände zu untergraben versuchen.

Deutschlands Lage ist nicht leicht. Nur bei gewissenhafter Mitarbeit jedes einzelnen können wir die uns gestellten, für unser Volk lebenswichtigen Aufgaben meistern. Der nationalsozialistische Staat hat getreu seinem bei der Machtübernahme gegebenen Versprechen die deutsche Landwirtschaft vor dem drohenden völligen Zusammenbruch gerettet und die wirtschaftliche Lage der deutschen Landwirtschaft entscheidend verbessert. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind aus ihrem die Erzeugung lähmenden Tiefstand heraus und wieder an den allgemeinen Preisstand unserer Volkswirtschaft herangeführt worden. Diese Leistungen von Staat und Volkswirtschaft verpflichten die Landwirtschaft, mit besonderem Eifer den gekennzeichneten Anforderungen nachzukommen, und ich darf es hier aussprechen: Die Landwirtschaft wird in tiefer Dankbarkeit und im Bewußtsein ihrer hohen Verantwortung wie immer geschlossen zur Stelle sein.

Dank den Erfolgen der Erzeugungsschlacht ist die Ernährung unseres Volkes heute schon zu 80 bis 85 v. H. — 1927 waren es nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung nur 65 v. H. — aus eigener Erzeugung gesichert. 15 bis 20 v. H. unseres Bedarfes an Nahrungsmitteln müssen aber auch heute noch aus dem Auslande eingeführt werden. Wir können bei normalen Ernten aus eigener Erzeugung decken den Bedarf an

Brot und Mehl	zu 100 v. H.
Speisekartoffeln	zu 100 v. H.
Zucker	zu 100 v. H.
Frischmilch	zu 100 v. H.

Bei Gemüse und Fleisch erzeugen wir jedoch nur etwa 90 bis 94 v. H. im Inland. Bei Eiern und Molkerei-Erzeugnissen beträgt die Selbstversorgung etwa 80 bis 85 v. H. und bei Fetten sogar nur 50 bis 55 v. H.

Deutschlands Ausfuhr an Industrie-Erzeugnissen stößt im Ausland auf große Schwierigkeiten. Wir können deshalb den Umfang unserer Ausfuhr nicht beliebig erweitern. Den Erlös aus unserer Ausfuhr brauchen wir aber nicht nur zur Beschaffung der uns im Inland fehlenden Lebensmittel, sondern in erster Linie auch für die Beschaffung von Rohstoffen.

Verzicht auf die Einfuhr von Rohstoffen zugunsten einer verstärkten Lebensmitteleinfuhr würde bedeuten, daß Millionen deutscher Volksgenossen wieder in das Elend der Arbeitslosigkeit zurückgestoßen werden.

Das muß aber unter allen Umständen verhindert werden. Daraus geht hervor, daß einzelne Erzeugnisse, bei denen wir heute noch nicht unseren ganzen Bedarf selbst erzeugen, einmal knapp werden können. Das deutsche Volk wird lieber vorübergehend etwas weniger Fett oder etwas weniger Fleisch oder weniger Eier essen, als der Geißel der Arbeitslosigkeit in Deutschland neuen Raum zu gewähren.

Die Reichsregierung erwartet deshalb von der deutschen Hausfrau, daß sie diese gelegentlich auftretenden Mängel an einzelnen Lebensmitteln mit Verständnis aufnimmt und durch geschicktes Ausweichen zu anderen, reichlicher vorhandenen Nahrungsmitteln ausgleicht.

Es braucht niemand Sorge zu haben, daß er nicht satt werden wird.

Das geringe Opfer, das wir dem Aufbau eines starken Reiches in Freiheit und Unabhängigkeit hier bringen, ist nur ein Opfer an Bequemlichkeit. Es geht uns um Deutschlands gesicherte Zukunft. Darum sagen wir die Dinge wie sie sind und wie sie nicht anders sein können, in dem stolzen Wissen, daß das deutsche Volk sich seiner Verantwortung vor der Geschichte bewußt ist.

SLUB
Wir führen Wissen.